



Folgen des Ukrainekriegs für Nachhaltigkeitsagenda und SDGs

von Jens Martens und Mel Arnecke

Die Welt befindet sich zurzeit im Dauerkrisenmodus. Neben der weiterhin schwelenden COVID-19-Pandemie und dem globalen Klimanotstand mit seinen Extremwetterereignissen beeinträchtigen nun auch die geopolitischen und ökonomischen Folgen des Ukrainekriegs die (Über-)Lebensbedingungen großer Teile der Menschheit. Am deutlichsten zu spüren ist das bei der Ernährungssicherheit und der Energieversorgung. Die Weltmarktpreise stiegen 2022 auf Rekordniveau und lösten eine Inflationsspirale mit massiven Folgen aus. Die Vereinten Nationen warnen vor der bislang schwersten Krise der Lebenshaltungskosten in diesem Jahrhundert. Als Reaktion darauf sind die Notenbanken, allen voran die US-amerikanische Federal Reserve und die Europäische Zentralbank von ihrer Niedrigzinspolitik abgerückt. Als Folge steigender Zinsen droht nun aber in den Ländern des globalen Südens eine neue Welle von Schuldenkrisen. Angesichts der „Kaskade von Krisen“ (António Guterres) rückt die Verwirklichung der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) in noch weitere Ferne. Die Vereinten Nationen versuchen dem in den kommenden zwölf Monaten mit einem Bündel von Initiativen entgegenzuwirken. Höhepunkt werden der SDG-Gipfel und der „Summit of the Future“ im September 2023 bzw. 2024 sein.

Kurz nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine hat UN-Generalsekretär António Guterres im März 2022 die UN Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance (GCRG) eingesetzt. Er reagierte damit auf die multiple Krise gestiegener Nahrungsmittel-, Dünger- und Energiepreise und die zu befürchtenden Auswirkungen auf die Entwicklungsfinanzierung. Die Gruppe hat in bislang drei Briefings die sozioökonomischen Folgen des Krieges analysiert und auf die Zusam-

menhänge und Wechselwirkungen der verschiedenen Krisen hingewiesen. Betroffen seien insbesondere die ärmeren Länder, deren fiskalischer und sozialpolitischer Handlungsspielraum durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ohnehin bereits stark eingeschränkt sei. Besonders gravierend ist das Zusammentreffen verschiedener Krisenphänomene im Bereich der Hungerbekämpfung und Ernährungssicherheit.



Verschärfte Ernährungskrise

Die weltweite Ernährungssituation war schon vor Ausbruch des Ukrainekriegs angespannt. Dies geht nicht zuletzt auf die Auswirkungen des Klimawandels zurück, die insbesondere im globalen Süden

in Form von Dürren, Überschwemmungen und Schädlingsplagen immer häufiger die Ernten gefährden. Als Folge ist die Zahl der weltweit hungrigen Menschen bereits seit 2017 wieder ge-

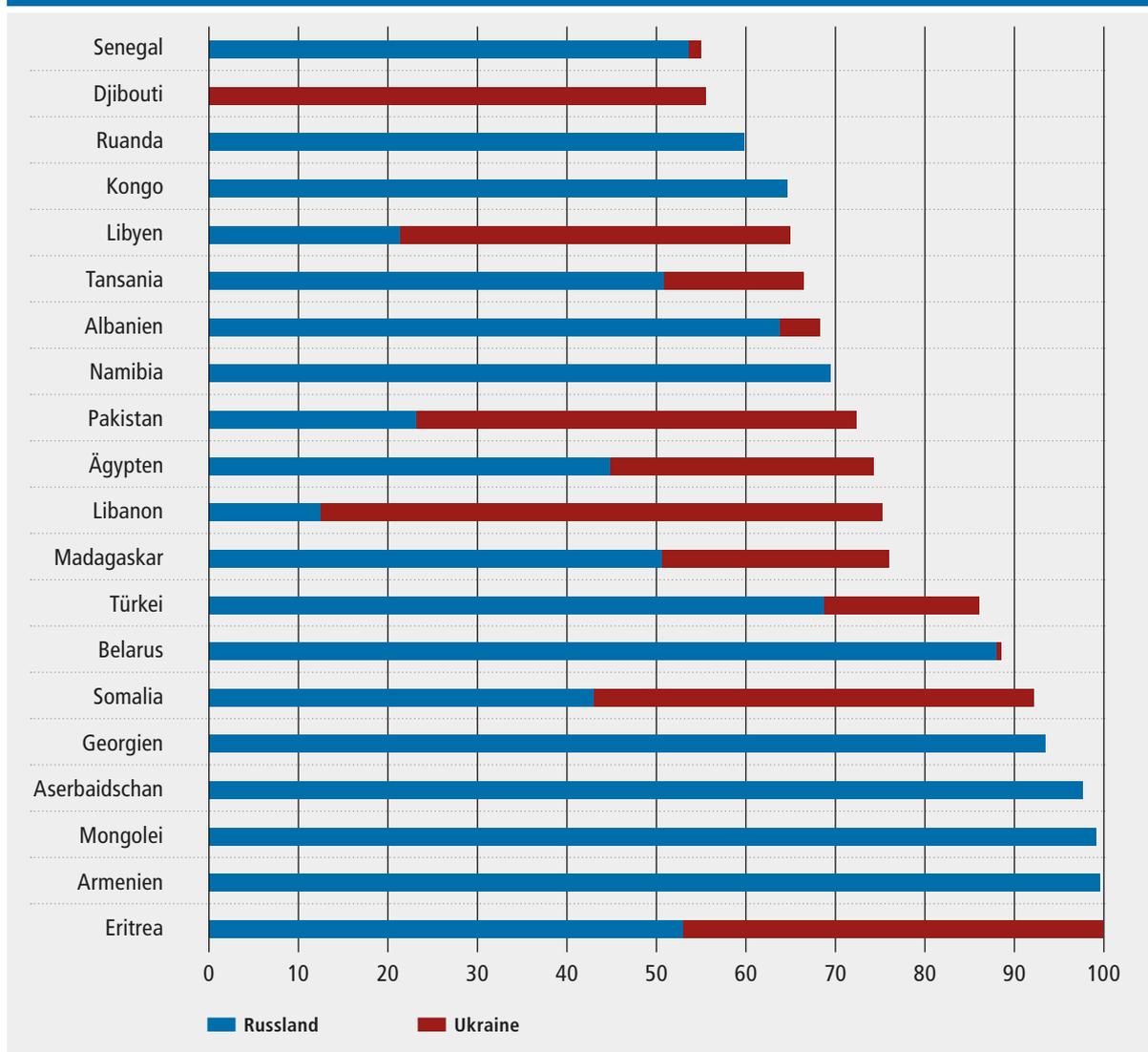
wachsen. Die COVID-19-Pandemie hat diesen Trend drastisch verschärft. Ernteausfälle, gestörte Lieferketten und die daraus resultierenden Versorgungsengpässe waren so gravierend, dass die Zahl der chronisch Unterernährten zwischen 2019 und 2021 um 150 Millionen auf bis zu **828 Millionen** gestiegen ist.

Der Ukrainekrieg hat die Lage weiter verschlimmert, denn Russland und die Ukraine spielen als Exporteure von Dünger und einigen Grundnahrungsmitteln eine zentrale Rolle bei der Versorgung anderer Staaten. So entfielen nach **Angaben der FAO** in den letzten Jahren 18 Prozent der weltweiten Produktion von Gerste, Weizen und Mais auf diese beiden Länder, bei der Produktion von Sonnenblumenkernen lag ihr Weltmarktanteil bei über 50 Prozent.

Der durch Ernteausfälle, Wirtschaftssanktionen und kriegsbedingt gestörte Handelswege ausgelöste Rückgang des russisch-ukrainischen Exportvolumens trifft jene Staaten besonders hart, die dringend auf Importe angewiesen sind und für die Preissteigerungen ein besonderes Problem darstellen – die sogenannten „low-income food-deficit countries“ (LIFDCs). Zu ihnen gehören etwa Eritrea und Somalia, wo 100 Prozent bzw. 92 Prozent der Weizenimporte aus Russland oder der Ukraine stammen. Auch Länder wie Ägypten, die Türkei und der Libanon sind zu über 75 Prozent von Weizenimporten aus diesen Ländern abhängig (s. Abbildung 1).

Die von der UN und der Türkei Ende Juli 2022 vermittelte Öffnung eines Korridors für Getreidetransporte aus ukrainischen Häfen durch das

Abbildung 1: Länder mit der größten Abhängigkeit von Weizenimporten aus Russland und der Ukraine (Anteil der Nettoimporte 2021 in %)



Quelle: FAO (2022), S. 11.

Schwarze Meer soll die Lage nun etwas entspannen. Allerdings nahm von den 21 Frachtern, die bis zum 15. August 2022 ausgelaufen sind, nur einer Kurs auf ein afrikanisches Land (Djibouti, mit vom Welternährungsprogramm gekauftem Weizen für Äthiopien). Wie das gemeinsame Koordinationszentrum der Initiative **berichtet**, waren 26 Prozent der transportierten Nahrungsmittel für die Türkei bestimmt, 22 Prozent für den Iran und ebenfalls 22 Prozent für Südkorea. Erst mit erheblicher Zeitverzögerung werden nach **kontinuierlich aktualisierten Informationen der UN** in den kommenden Wochen eine größere Zahl von Frachtern auch andere Länder des globalen Südens erreichen, wie Ägypten, Indien, China und Somalia.

Der Ukrainekrieg hat die Weltmarktpreise für Lebensmittel insgesamt in die Höhe getrieben. Der Lebensmittelpreisindex der FAO hat im März 2022 einen historischen Höchststand erreicht und ist seitdem nur geringfügig zurückgegangen (s. Abbildung 2).

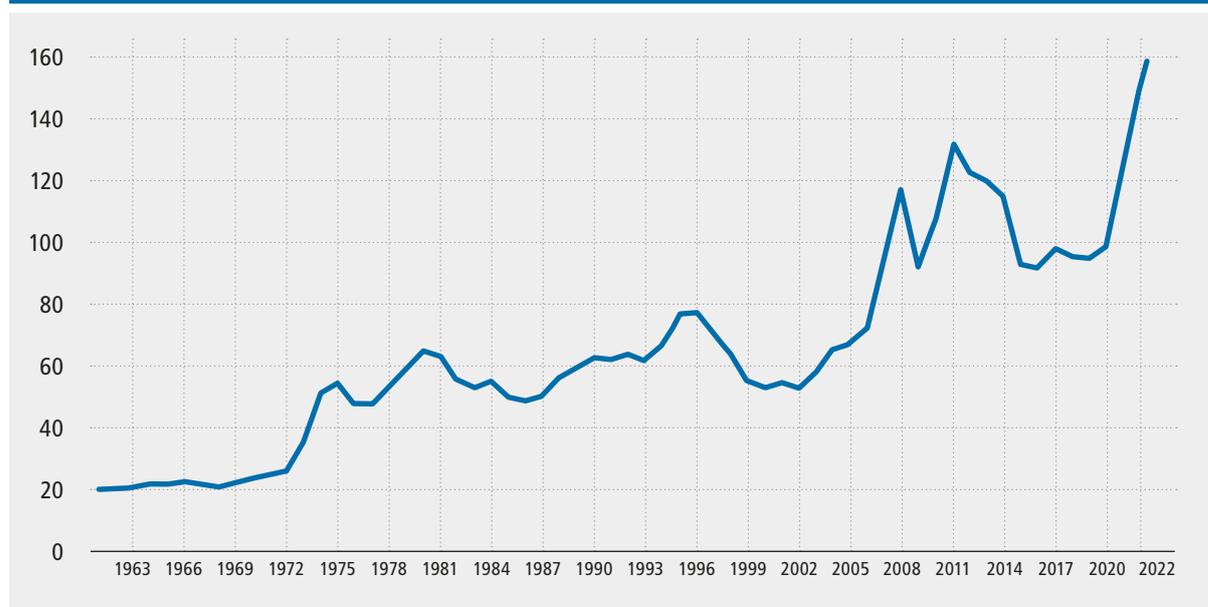
Die kriegsbedingten Preissteigerungen treffen die ärmeren Teile der Bevölkerung in besonderem Maße. Das gilt auch für Deutschland, aber noch mehr für die ärmeren Länder, in denen die Menschen tendenziell einen größeren Anteil ihres Ein-

kommens für Lebensmittel aufbringen müssen. Bei den ärmsten 20 Prozent der Menschen im globalen Süden entfällt durchschnittlich über die Hälfte der Ausgaben auf Lebensmittel, bei den reichsten 20 Prozent ist es nur ein Fünftel (s. Abbildung 3).

Enorme Preiserhöhungen von Düngemitteln drohen, die Kriseneffekte noch zu verstärken. Russland und Belarus gehören zu den größten Exporteuren von Düngemitteln. Die Preise haben sich hier noch rasanter nach oben entwickelt als bei Getreide. Auch hiervon sind die Bäuer*innen im globalen Süden besonders betroffen, da sie einen größeren Anteil ihres Budgets für Dünger ausgeben müssen. Sie leiden nun verstärkt unter den negativen Effekten eines Agrarmodells, das auf dem kombinierten Einsatz von patentiertem Saatgut und darauf abgestimmten Düngemitteln und Pestiziden basiert.

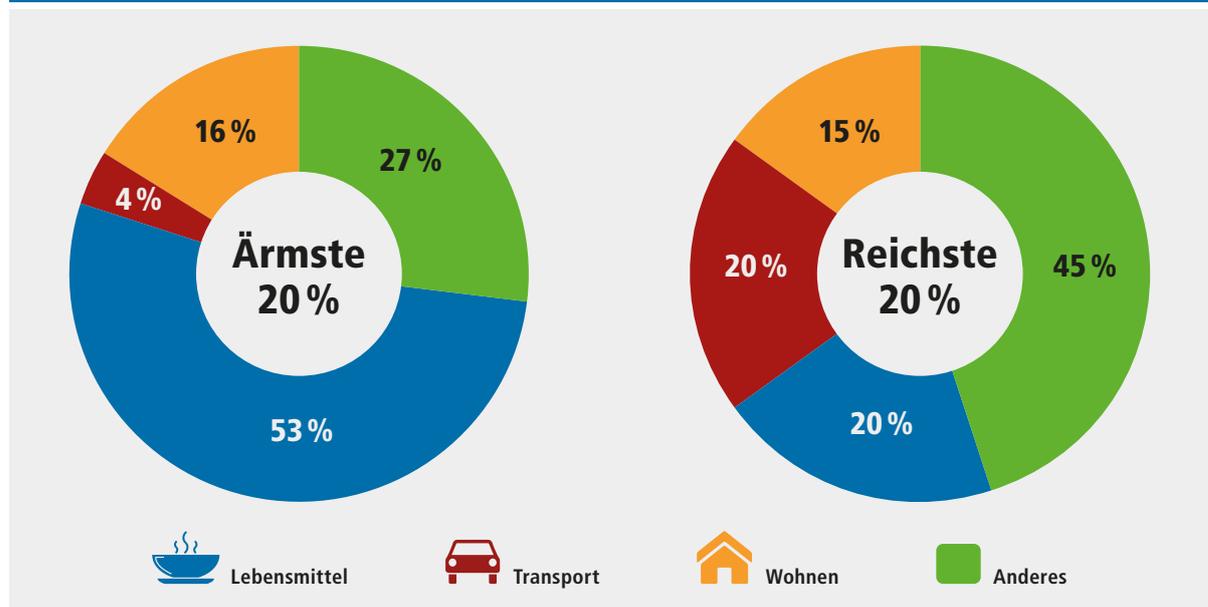
Aus Nachhaltigkeitsperspektive **kritisch beurteilt** wird auch der **Vorschlag der Europäischen Kommission**, für ein Jahr Ausnahmen von den geplanten Stilllegungen von Ackerflächen zuzulassen, um die Getreideproduktion in der EU zu steigern. Die Stilllegungen sollten eigentlich dazu dienen, dringend benötigte Rückzugsflächen für die Artenvielfalt zu schaffen.

Abbildung 2: FAO Lebensmittelpreisindex auf historischem Hoch



Quelle: FAO (<https://www.fao.org/worldfoodsituation/foodpricesindex/en/>), nominale Werte.

Abbildung 3: Die Ärmsten treffen Lebensmittelpreissteigerungen am stärksten: Zusammensetzung der Haushaltsausgaben in Entwicklungs- und Schwellenländern



Quelle: Global Crisis Response Group (<https://bit.ly/GCRG-Brief-02>), S. 10.



Ungelöste Zielkonflikte bei der Energieversorgung

Die unmittelbarsten Auswirkungen des Ukrainekriegs zeigen sich bei der weltweiten Energieversorgung. Die Folgen des Kriegs und der westlichen Sanktionen gegen Russland sind weltweit spürbar und haben zu einem massiven Anstieg der Energiepreise geführt. Seit dem Jahresanfang waren die Ölpreise zwischenzeitlich um über 50 Prozent gestiegen, der Weltmarktpreis für Erdgas bis zum 22. August 2022 sogar um 246 Prozent (s. Abbildung 4).

Die explodierenden Energiepreise führen zu einer existenziellen Krise für hunderte Millionen von Menschen, warnte die Global Crisis Response Group der UN in ihrem **dritten Briefing** im August 2022. Dies kann zu sozialen Unruhen und Massenprotesten führen, wie sie Anfang des Jahres in Kasachstan und seit März 2022 in Sri Lanka zu beobachten waren.

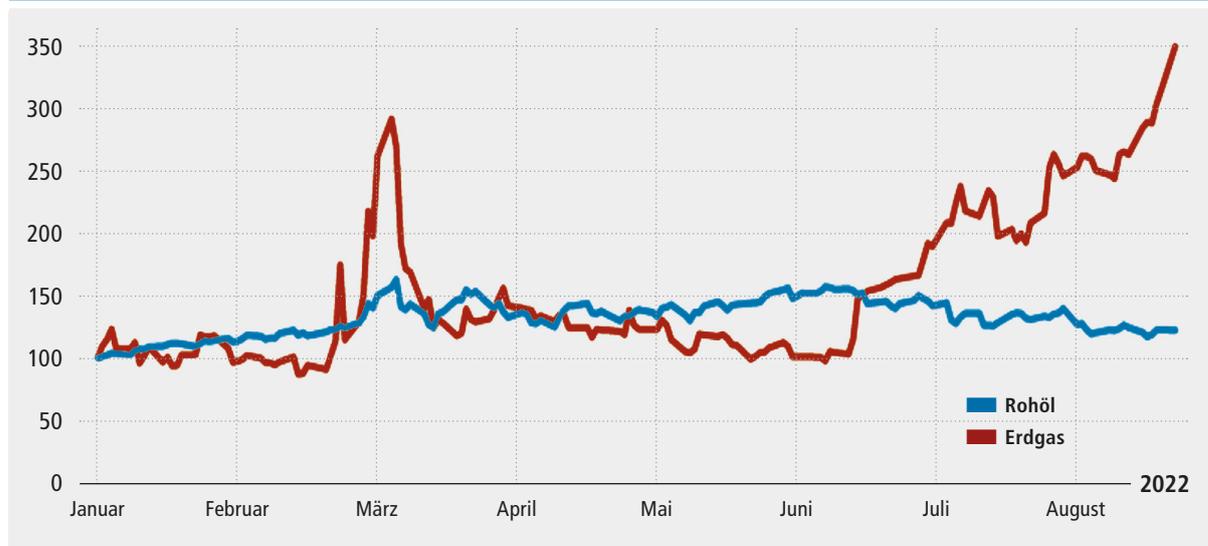
Die Preissteigerungen gefährden nicht nur die Versorgung der Weltbevölkerung mit bezahlbarer Energie (SDG 7.1), sondern sie führen auch dazu, dass angesichts der enormen Gewinnmargen von Öl- und Gaskonzernen wieder mehr in fossile Energieträger investiert wird. Verharren die Preise auf hohem Niveau, ist die Erschließung bisher unprofitabler Energiequellen zu erwarten. Dies be-

trifft nicht nur den Import von Flüssiggas (LNG) oder von ökologisch wie menschenrechtlich problematischer **kolumbianischer Steinkohle** nach Deutschland. Auch andere extractive Praktiken wie Fracking, der Abbau von Ölsanden in Kanada oder Ölbohrungen in der Arktis dürften ohne eine entschiedene Abkehr von fossiler Energie bald in den Fokus der Staaten und Konzerne rücken. Gerade im Energiebereich zeigen sich Zielkonflikte bei der Verfolgung verschiedener SDGs. Die Priorisierung der Versorgungssicherheit scheint – zumindest kurzfristig – einem Bekenntnis zur Abkehr von umweltschädlichen Technologien, darunter auch der Atomkraft, entgegenzustehen.

Als Folge der enormen Preissteigerungen melden die großen Öl- und Gaskonzerne 2022 Rekordgewinne. UN-Generalsekretär António Guterres bezeichnete dies in einer Presseerklärung im August 2022 als „**unmoralisch**“ und stellte fest:

„Die kombinierten Gewinne der größten Energieunternehmen im ersten Quartal dieses Jahres belaufen sich auf fast 100 Milliarden Dollar. Ich fordere die Regierungen auf, diese exzessiven Gewinne zu besteuern und die Mittel zur Unterstützung der schwächsten Menschen in diesen schwierigen Zeiten zu verwenden.“

Abbildung 4: Entwicklung der Preisindizes für Rohöl und Erdgas 2022 (1. Januar 2022: 100)



Quelle: UNCTAD (<https://unctad.org/ukraine-in-focus>).

Neben dem Plädoyer für eine Art Übergewinnsteuer (*windfall tax*) appelliert die Global Crisis Response Group der UN an die internationale Solidarität bei der Bewältigung der Energiekrise und warnt vor einem Wettlauf um Rohstoffe. In einer Welt, die immer noch mit COVID-19 und **globaler Impfstoffungerechtigkeit** zu kämpfen hat, sollte es nun nicht zum Horten von Energierohstoffen wie Erdgas durch die reichen Länder kom-

men. Zugleich macht die Gruppe eine Reihe von Vorschlägen, um die Energieeffizienz zu verbessern, den Übergang zu erneuerbaren Energien zu fördern und die Energienachfrage kurzfristig zu verringern. Sie übernimmt in diesem Zusammenhang auch den pragmatischen „10-Punkte-Plan zur Senkung des Ölverbrauchs“, den die International Energy Agency (IEA) im Frühjahr 2022 präsentiert hat (s. Abbildung 5).

Abbildung 5: 10-Punkte-Plan der IEA zur Senkung des Ölverbrauchs



Quelle: International Energy Agency (<https://www.iea.org/reports/a-10-point-plan-to-cut-oil-use>)



„Schwerste Krise der Lebenshaltungskosten in einer Generation“

Die eskalierenden Preise in Kombination mit den ökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie treffen die Ärmsten der Armen am stärksten. Und ihre Zahl steigt. Die Weltbank war eigentlich davon ausgegangen, dass die Zahl der Menschen, die in extremer Armut, d.h. von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag leben (ab Herbst 2022 2,15 US-Dollar), 2022 erstmals die Marke von 600 Millionen unterschreiten würde. Sie prognostiziert nun, dass ihre Zahl mit 657–676 Millionen um bis zu **95 Millionen** höher liegt als vor der Pandemie erwartet.

Die britische Entwicklungsorganisation Oxfam kommt in ihrem Bericht „**First Crisis, then Catastrophe**“ noch zu wesentlich höheren Werten. Sie schätzt, dass als Resultat wachsender ökonomischer Ungleichheit infolge der Pandemie sowie steigender Preise für Energie und Nahrungsmittel 2022 bis zu 263 Millionen mehr extrem arme Menschen zu erwarten sind. Ihre Zahl würde damit in diesem Jahr weltweit auf 860 Millionen steigen.

Viele Länder befinden sich zurzeit in einem Teufelskreis. Höhere Energiepreise, insbesondere für Öl und Erdgas, steigern die Kosten für Düngemittel und Transport. Beide Faktoren erhöhen die Kosten der Lebensmittelproduktion. Die Folge sind geringere landwirtschaftliche Erlöse, was wiederum zu weiter steigenden Lebensmittelpreisen in der nächsten Saison führt.

Die Inflationswelle hat alle Regionen der Welt in unterschiedlicher Intensität erreicht. In Deutschland lag die Inflationsrate im Juli 2022 mit 7,5 Pro-

zent weiter auf Rekordniveau. **Verglichen mit anderen Ländern** war sie aber noch moderat. In Brasilien betrug die Inflationsrate 10 Prozent, in Russland 15,1 Prozent, in Ghana 31,7 Prozent, im Iran 54 Prozent, in Sri Lanka 60,8 Prozent, in Argentinien 71 Prozent, in der Türkei 79,6 Prozent, im Libanon 168 Prozent und in Zimbabwe 257 Prozent.

Die galoppierende Inflation erhöht den Zinsdruck und schwächt die Kaufkraft vieler Währungen, vor allem in den Ländern des globalen Südens. Die Importkosten für Nahrungsmittel und Energie sowie die Kosten des Schuldendienstes steigen dadurch weiter, der fiskalische Spielraum der Regierungen schrumpft.

Höhere Inflation bedeutet aber vor allem auch höhere Lebenshaltungskosten und ein verringertes Realeinkommen. Als Folge davon stehen gerade ärmere Haushalte unter massivem Sparzwang und haben nur noch die Wahl, ob sie eher bei der Ernährung, bei der Bildung oder bei der Gesundheitsversorgung sparen. Frauen und Mädchen sind von den Sparscheidungen häufig überproportional betroffen.

Resümierend spricht die Global Crisis Response Group der UN von der „**schwersten Krise der Lebenshaltungskosten in einer Generation**“. Bereits im April warnte sie, dass 107 Länder von einer Krise in mindestens einem der drei Sektoren Ernährung, Energie oder Finanzen **bedroht seien**. Seitdem hat sich die Lage verschärft und die Zahl der krisenbedrohten Länder vermutlich weiter erhöht.



Wachsende Finanzlücke

60 Prozent der ärmsten Länder befinden sich **nach UN-Angaben** in einer Schuldenkrise (*in debt distress*), oder kurz davor. Der Libanon, Sri Lanka, Surinam, Sambia und Russland sind bereits im Zahlungsrückstand, andere Länder wie die Ukraine, Argentinien und Tunesien müssen nach Angaben von **Reuters** Risikoaufschläge von weit über 1.000 Basispunkten (=10 Prozentpunkten) bezahlen, um neue Kredite zu erhalten. Damit fließen

auch immer mehr öffentliche Mittel in den Schuldendienst, statt in Ausgaben zur Finanzierung der SDGs, seien es Bildung, Gesundheit oder der Ausbau öffentlicher Infrastruktur. Ghana muss bereits 53 Prozent seiner **Staatseinnahmen für den Schuldendienst** verwenden, in Ägypten sind es 44 Prozent, in Sambia 41 Prozent und in dem gerade von einer massiven Flutkatastrophe heimgesuchten Pakistan 40 Prozent.

Während die Zinsen steigen, sinkt das Investorenvertrauen, Anleger ziehen in erheblichem Umfang Kapital aus den Ländern des globalen Südens ab. Das führte in den ersten 100 Tagen des Ukrainekrieges zur **Abwertung der Währungen** in 142 Ländern (mehr zu den Folgen der Zinswende in einem speziellen **GPF-Briefing von Bodo Ellmers**).

Dabei bräuchten die Länder des globalen Südens gerade jetzt infolge der Krisen mehr Geld. Allein um die Lücke bei den sozialen Sicherungssystemen zu schließen, bräuchten die Länder des globalen Südens 1,2 Billionen US-Dollar pro Jahr, insgesamt **kalkuliert die UN** einen jährlichen Finanzbedarf von 4,3 Billionen US-Dollar, um die SDGs zu verwirklichen.

Plädoyer für eine „road map for survival“

Der UN-Generalsekretär und seine Kolleg*innen werden nicht müde zu warnen, dass durch die multiple Krise die Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsziele auf dem Spiel steht. Zugleich betonen sie aber, dass Auswege aus der Krise bereits in der Agenda 2030 und den SDGs vorgezeichnet seien. Diese Wege müssten endlich politisch eingeschlagen werden.

Im **UN-SDG-Report 2022** fordert Liu Zhenmin, Untergeneralsekretär der UN für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten, eine „road map for survival“, die vor allem drei Bereiche adressieren müsse:

- **Die sofortige Beendigung aller bewaffneter Konflikte**, denn „wir können Krieg und den damit verbundenen sinnlosen Verlust wertvoller Menschenleben und Ressourcen einfach nicht hinnehmen.“¹
- **Die Hinwendung zu kohlenstoffarmen, resilienten und integrierten Entwicklungspfaden**, die die Kohlenstoffemissionen verringern, die natürlichen Ressourcen schonen, unsere Ernährungssysteme umgestalten, bessere Arbeitsplätze schaffen und den Übergang zu einer grüneren, integrativeren und gerechteren Wirtschaft vorantreiben.
- **Eine umfassende Transformation der internationalen Finanz- und Schuldenarchitektur**, um ein weiteres Auseinanderdriften der Länder zu vermeiden, bei dem der Aufschwung überwiegend den finanziell starken Ländern zugutekommt während die Länder des globalen Südens zurückbleiben.

Angesichts der begrenzten Handlungsmacht der UN wirken diese Fundamentalforderungen eher hilflos. Sie weisen aber dennoch zurecht darauf hin, dass es bei der Überwindung der gegenwärtigen Krisen nicht mit kleinteiligen sektoralen Lösungen getan ist. Es wäre nun Aufgabe der Mitgliedsstaaten, die allgemeinen und sehr grundsätzlichen Forderungen auszubuchstabieren und in konkrete politische Entscheidungen zu übersetzen. Der UN-Generalsekretär hat in seinem Report **„Our Common Agenda“** eine breite Palette von Initiativen und politischen Anlässen vorgeschlagen, die dazu beitragen können. Sie gipfeln im „Summit of the Future“, der im September 2024 in New York stattfinden soll. In einer **Rede vor der UN-Generalversammlung** am 4. August 2022 bezeichnete António Guterres ihn als Zwillingsgipfel des für September 2023 geplanten zweiten SDG-Gipfels. Der Gipfel sei eine einmalige Gelegenheit, um multilaterale Kooperation wiederzubeleben, und solle den „Booster-Effekt“ für die Agenda 2030 und die SDGs maximieren.

Regierungen, und damit auch die Bundesregierung, sind nun gefordert, dabei eine politische Vorreiterrolle zu übernehmen. An ihre Adresse gerichtet appelliert die Global Crisis Response Group der UN:

„The world is facing a once-in-a-generation crisis that has been building for the last two years, and world leaders and institutions must recognize and rise up to the urgency of the moment. The risks of generations lost and Sustainable Development Goals derailed, as well as waves of unfolding debt crises and social unrest are very real. Dealing with them requires global leadership, vision and action.“²

1 United Nations (2022), S. 3.

2 Global Crisis Response Group (<https://bit.ly/GCRG-BRIEF-03>), S. 29.

Weitere Informationen

FAO (2022): The importance of Ukraine and the Russian Federation for global agricultural markets and the risks associated with the war in Ukraine. Rom.

<https://www.fao.org/3/cb9013en/cb9013en.pdf>

Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance (2022): Global Impact of war in Ukraine on food, energy and finance systems (Brief 1, 13. April). New York/Genf: UN.

<https://bit.ly/GCRG-Brief-01>

Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance (2022): Global Impact of the war in Ukraine: Billions of people face the greatest cost-of-living crisis in a generation (Brief 2, 8. Juni). New York/Genf: UN.

<https://bit.ly/GCRG-Brief-02>

Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance (2022): Global Impact of war in Ukraine: Energy crisis (Brief 3, 3. August). New York/Genf: UN.

<https://bit.ly/GCRG-BRIEF-03>

United Nations (2022): The Sustainable Development Goals Report 2022. New York.

<https://unstats.un.org/sdgs/report/2022/>

United Nations Secretary-General (2021): Our Common Agenda. New York.

<https://www.un.org/en/content/common-agenda-report>

United Nations Secretary-General (2022): Progress towards the Sustainable Development Goals. New York: UN ECOSOC (UN Dok. E/2022/55).

https://digitallibrary.un.org/record/3977147/files/E_2022_55-EN.pdf?ln=en

Webseiten

<https://news.un.org/pages/global-crisis-response-group/>

<https://unctad.org/ukraine-in-focus>

<https://www.2030agenda.de>

Impressum

Folgen des Ukrainekriegs für Nachhaltigkeitsagenda und SDGs

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a, 53115 Bonn

Tel. 0228 9650510

europe@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt: Jens Martens

Autoren: Jens Martens und Mel Arnecke

Redaktionelle Mitarbeit: Bodo Ellmers, Tobias Gerhartsreiter, Karolin Seitz und Isabelle Schindler

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, September 2022

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „Halbzeit bei der SDG-Umsetzung“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global mit Mitteln des BMZ.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.